



Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Wochentags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 40 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.15 Mk. in Württemberg 2.21 Mk. vierteljährlich hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg. non auswärts 10 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Restante 25 Pfg. die Zeitzeile. Bei Inseraten, wo Kostant in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 113

Freitag, den 17. Mai 1918.

35. Jahrgang

Das Kali, unser Bundesgenosse.

Von Professor Dr. W. Roth, Greifswald. (Schluß.)

Das deutsche Kali findet sich hauptsächlich in Mitteldeutschland, sodann aber besonders im Sundgau bei Mülhausen i. G. und ferner in Südbaden. Wenige Kilometer von den elsässischen Lagern schärfen die Franzosen vergeblich nach Kali. Kleinere Kalivorkommen, aus denen aber noch wenig oder nichts gefördert wird, finden sich in Galizien (Kalus), im östlichen Rußland (150 Kilometer vom Fuß des Ural entfernt, im Gouvernemeni Perm), in Ostthailand unweit der deutschen Grenze als Fortsetzung eines erst erhobenen, noch nicht in Abbau genommenen Lagers bei Wesel, und schließlich in Katalonien, nördlich von Barcelona. Dort, bei Cardona und Suria, soll, soweit man bisher geschätzt hat, nach den am weitesten gehenden Schätzungen gut eine Million Tonnen Reinkali liegen. Die elsässischen Vorräte (ohne die noch nicht im Abbau befindlichen böhmischen) kann man ziemlich sicher auf 300 Millionen Tonnen schätzen, die nord- und mitteldeutschen auf gut acht Milliarden Tonnen. Ein Vorkommen in Italienisch-Afrika, südlich von Massauah, das jetzt Frankreich (äußerst knapp!) beliefert, enthält nicht ganz 1/2 Million Tonnen Reinkali, aber weder die russischen noch die italienisch-afrikanischen Lager sind nach Friedensschluß infolge der riesigen Transportkosten konkurrenzfähig. Obige Angaben über die Kalivorräte zeigen klar, daß wir in Bezug auf Kalivorräte an Kali ganz konkurrenzlos sind; außerdem sind unsere Gruben in dauerndem Betrieb, vollständig durchforscht und können, wenn erst die Arbeiter- und Transportnöte behoben sind, in beliebig verstärkter Weise fördern.

Nach Friedensschluß wird der Kalibedarf der ganzen Welt, der zur Zeit 1-1 1/2 Millionen Reinkali beträgt, in die Höhe schnellen, da sämtliche feindlichen Werke „ausgepowert“ sind. Dies Geschäft in Kali kann uns niemand streitig machen, da, wie aus dem Gelegenen hervorgeht, nur die deutschen Gruben das riesige Defizit decken können.

Darum weisen die französischen, amerikanischen und neuerdings auch die englischen Zeitungen fortwährend

auf die Notwendigkeit hin, das Kali zu erobern. Jene Lager sind eben neben den nord- und mitteldeutschen die einzigen, die den Weltbedarf einige hundert Jahre hindurch decken könnten. Sie sollen sie nicht haben. Noch im Winter bauten die Franzosen luftige Luftschlösser. Zum bequemeren Abtransport der Salze sollte der Großschiffahrtsweg Mülhausen-Marsillie sofort ausgebaut werden. Amerikanische Kapitalisten, die überhaupt ein verdächtiges Interesse an dem elsässischen Kali nehmen, wollten sofort eine Riesensumme für den Kanalbau zur Verfügung stellen.

Amerika ist nächst Deutschland der größte Kali-Verbraucher der Welt und nahm im Frieden fast die Hälfte unseres Exportes, fast ein Viertel unserer Gesamtproduktion auf. Es hat sich vor dem Kriege und während desselben die größte Mühe gegeben, aus dem eigenen Boden Kali zu gewinnen, nicht nur aus finanziellen Gründen, nein, dem unabhängigen amerikanischen Nationalstolz ist es unerträglich, daß das reiche Land im Bezuge eines unbedingt nötigen Rohstoffes von Europa, speziell von „deinem“ Deutschland abhängig sein sollte. Aber aus den Salzseen im wilden Westen, aus Tangasäe, Hochöfen und Zementofenschlacken, aus Mannstein und Feldspat hat man trotz aller angewandten Mühe und Geldmitteln nicht genügend lösliche Kalisalze gewinnen können und wird auch kaum in Zukunft dazu kommen: die einheimischen Salze sind außerdem meist unrein und zu unzweckmäßig nicht gut verwendbar, darüber kann aller Tamtam nicht hinweghelfen: die Analysen und namentlich der hohe Preis sprechen dagegen.

Auch in Amerika nehmen die Ernten der viel Kali verbrauchenden Pflanzen merklich ab; daß der Ertrag an Baumwolle zurückgeht, schieben unsere Feinde z. B. offen auf den Kalimangel.

So bleibt unser Kali also, das uns im Kriege ein zuter Bundesgenosse war, ein zuter Trumpf für die Zeit nach dem Kriege, wo es sich darum handelt, die Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, Rohstoffe ins Land zu bekommen, trotz des zur Strafe für unsere „Verbrechen“ angeordneten Boykotts.

Ohne Kali keine Erzeugung der Ernte-Erträge, kein Wiederaufbau der verheereten Werke; aber ohne Gegenleistungen kein deutsches Kali!

Der Weltkrieg.

SW. Großes Hauptquartier, 18. Mai (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nach Abschluß der gestrigen Infanteriegefechte nördlich vom Kemmel, in denen wir den Franzosen aus örtlichen Einbruchsstellen wieder zurückwarfen, klauten der Artilleriekampf im Kemmelgebiet ab. Auch an den anderen Kampffronten ließ die Artillerietätigkeit nach. Festige Feuerüberfälle dauerten gegen unsere Infanterie- und Artilleriestellungen beiderseits des La Bassée-Kanals, sowie zwischen Somme und Avesnes an. Auf dem Westufer der Avesnes stieß der Feind gestern früh aus dem Generatwald mit starken Kräften vor. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

An der übrigen Front kleinere Vorfeldkämpfe.

Starker Fliegerangriff an den Kampffronten führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab; 14 von ihnen brachte wiederum das früher von Rittermeister Freiherr von Richthofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Leutnant Windisch errang seinen 20. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Am 15. Mai früh führten die Franzosen einen Angriff nördlich des Kemmelberges auf die deutschen Stellungen aus. Im allgemeinen wurde der Vorstoß zurückgeschlagen, es konnte aber doch nicht verhindert werden, daß sie mit starken Kräften andringenden Feinde sich in einem Teil unserer vorderen Linie festsetzten. Mittags wurde der Feind durch einen energischen und kräftig durchgeführten Gegenangriff wieder hinausgeworfen und die alte Linie ist wieder hergestellt. — Nachdem am 14. Mai ein französischer Angriff bei Castel an der Avesnes blutig zusammengebrochen war, erneuerten die Feinde am 15. Mai wenig südlich davon, bei Moreuil den Kampf. Auch dieser endete mit schweren Verlusten für den Feind. Weiter süd-

Das Heideprinzchen

Von E. Marlitt

„Da ist nur Ihr gutes Gesicht schuld, Herr Claudius — bei jedem anderen hätte ich ganz gewiß nicht vergessen, mir eine Bescheinigung auszubitten,“ entsetzte sie sich verlegen und nahm das Papier in Empfang, während ich die Banknoten, die ohne Herrn Claudius Erinnerung auch auf dem Tische liegen geblieben wären, in die Tasche schob.

„Jetzt wollen wir Darling ansehen,“ sagte Charlotte und sprang die Stufen zur Hoftür hinab.

Der Hof war leer. Dagegen lagen beide Flügel der Gartentür weit zurückgeschlagen an der Mauer, und aus dem Garten herüber erscholl wildes Geschrei.

Herr Claudius war uns nachgekommen. Er horchte einen Augenblick befremdet, dann eilte er uns voraus in den Garten.

Mir schlug das Herz vor Angst bei dem, was ich durch die offene Tür sah. Ein scheu gewordenes Pferd raste durch den Blumengarten. Wie ein Blitz fuhr das schlanke Tier über den farbenbunten Plan und spottete in wilder Freiheitsfreude aufwiehender aller der Hände und Füße, die es verfolgten. Mit einer wahren Wollust zerstampfte die Hupe ein weites Levlohenfeld, dann flog sie schmetternd in die Scheiben des großen Glashauses. Hoch aufbäumend und zurückschauend vor dem Gekröse stand der Goldschuß einen Moment wie in Erstaunen auf den Hinterhufen, aber auch nur einen Augenblick — Pfeilschnell wandte er sich und stürmte weiter gegen ein Spalier, das, betroffen von tausend prächtigen Purpurosen, sofort zusammenbrach.

Alle Arbeiter und selbst die Herren aus dem Kontor rannten im Verein mit Dagobert und einem Jockey auf und ab, und jetzt floh auch Charlotte, die 113 da in all klammerten Augen neben mir gestanden, in den Garten hinein.

zweiges, auf welchem das Tier in blinder Raserei herantoste — es fuhr schnaubend vor der bestemmlichen Erscheinung zurück; aber schon hatten die zwei schlanken, kraftvollen Hände den Bügel erfaßt und hielten ihn eifrig fest, und das lähne Mädchen ließ sich um einige Schritte fortziehen, bis sich von allen Seiten die reitenden Hände herüberstreckten und das ungebärdige Tier festhielten.

„Charlotte, Du bist ein Prachtmädel!“ rief Dagobert, noch atemlos, aber stolz und jubelnd, und lästete seine Schwester auf die Stirn. Neben ihr stand der junge Mann aus dem Privatkontor — bleich wie ein Geistes — er war der Erste, der ihr zu Hilfe gekommen. Ich sah Charlottens Auge sein Gesicht streifen — sie wurde dunkelrot.

Alle bewunderten ihre Kraft und Kühnheit, ich selbst hätte ihr die kraftvollen Hände küssen mögen — nur Herr Claudius hatte kein Wort für sie. Er jagte weder ein lobendes Wort zu Dagobert, der das fremde Pferd in den Hof gebracht, noch schalt er den Jockey dafür, daß er dasselbe nicht besser gehütet. Auch über die Gerümpel im Garten fiel nicht eine Bemerkung von seinen Lippen. Er betrachtete den schweißtriefenden Goldschuß aufmerksam. Es war ein schönes Tier, aber in der Art, wie es den Kopf gesenkt hielt und ihn dann unversehens zurückwarf, lag etwas Tödliches.

Unterdessen hatte sich Dagobert auf den Rücken des Pferdes geschwungen, und plötzlich flogen Kopf und Reiter wieder in den Hof zurück. Das war nun freilich ein herrlicher Anblick. Nach kurzer, leidenschaftlicher Gegenwehr sagte sich das Tier seinem Herrn und geborchte sich inbar dessen leisem Wink. Die verschwunden alle die Männer, die umherstanden, selbst der auffallend schöne, junge Hellhaar nicht ausgenommen, vor dem Tankred hork mit dem kastanienbraunen Gelock!

„Unkel,“ rief er kräcker, „verzeihe Darling seine Unart um seiner herrlichen Eigenschaften willen! Ist er nicht prächtig? Sieh ihn Dir an! Mit seinem stierlichem Blick und dem feinen, das Feuer. Unkel, sein Verp macht mich zu glücklich!“

„Das tut mir sehr leid, Dagobert; denn ich laufe ihn nicht. Der Herr Graf mag ihn selbst reiten,“ sagte Herr Claudius bedauernd, aber fest, und ging, den angerichteten Schaden zu beheben.

Mit einem Satz sprang Dagobert von dem Tier herab und reichte dem böshast lächelnden Jockey den Bügel hin. „Ich lasse den Grafen grüßen und werde weiter mit ihm sprechen,“ sagte er mit fliegendem Atem.

Charlotte hing sich an den Arm ihres Bruders und sah ihn zärtlich in das heißgerötete Gesicht. Sie zog ihn in den Garten, wo auch Fräulein Fiedner und Ilse eingetreten waren. Mich hatte man total vergessen. Ich ging hinter den Gekrüppel her.

„Nicht wahr, da stand ich wieder da, wie ein Schulbube?“ stieß Dagobert zwischen den Zähnen hervor — seine Stimme klang, als schnürten ihm Groll und Grimm die Kehle zu. — Mich empört nichts mehr, als diese scheinheilige Ruhe bei allem! Er kauft das Tier aus zweierlei Gründen nicht — einmal, weil es ihn durch seine Unart um einige Bouquetroschen gebracht hat, und dann will sein Bürgerhochmut mit dem aristokratischen Verkäufer nichts zu tun haben. Aber davon verlautet kein Wort! Er schweigt, tut, als bemerke er den Schaden gar nicht, und rächt sich durch unbegründetes Zurückweichen. Er, der nie auf einem anderen Mädchen als dem seines Kontorfußes gefessen hat, er gibt sich plötzlich das Ansehen eines Sachverständigen, mustert mit Kennerniene ein Pferd —

„Sei damit nicht so vorschnell!“ unterbrach ihn Charlotte. „Ich habe den Dinkel sehr im Verdacht, daß er einst in Paris das kavalierische Leben mitgemacht hat, nicht aus Passion — Passionen hat er nicht, die eine für die Arbeit ausgenommen — aber vielleicht um der Mode willen, was weiß ich!“ Sie zuckte die Achseln und sah zurück nach dem Rosenpalast, das eben unter Herrn Claudius Antetina wieder aufgerichtet wurde.

na) wurde ein weiterer Angriff beim Generatwald abgewiesen. Auch hier mußten die Franzosen schwere Opfer bezahlen.

Ein gefangener englischer Brigadeführer bezeugte, er habe in den letzten Märztagen drei Brigaden geführt, die zusammen nicht annähernd die normale Stärke einer einzigen Brigade hatten. — Der deutsche Vorstoß an der Straße Bray—Corbie (nördlich der Somme) am 14. Mai war, wie man jetzt erzählt, ein bedeutender Erfolg. Der Feind leistete zähen Widerstand, der durch unsere Artillerie und Minenwerfer schließlich gebrochen wurde, wobei die Engländer schwere Verluste erlitten. Zweimal schickten die Engländer darauf ihre australischen Hilfstruppen gegen die verlorenen Stellungen vor, beide Gegenangriffe brachen blutig zusammen. — Am 15. Mai wurde eine französische Stellung am Spverbach überrumpelt. Eine arg mitgenommene Division war zurückgezogen worden und französische Jäger sollten eben sich in den Trichtern und Gräben einrichten, als sie vom deutschen Gefährten mit einem Hagel von Granaten überhäuft wurden. Die Infanterie kämpfte darauf die Stellungen, die nur noch schwach verteidigt wurden. Die Jäger hatten sehr schwere Verluste; sie hatten den Befehl, die Stellung unter allen Umständen zu halten.

Die Gesamtverluste des englischen Heeres betragen laut „Homb. Fremdenblatt“ im April 381526 Mann und 14492 Offiziere.

Nach Schweizer Berichten bereiten die Italiener, die durch farbige Truppen aus französischen Kolonien verstärkt werden sollen, einen Angriff gegen das Gebiet der Sieben Gemeinden bei Schleggen (Aisne) ober Arziero vor, um nach Rovereto ins Gichtal vorzustoßen.

Es sei festgestellt worden, daß auch die Franzosen wieder Dum-Dum-Geschosse englischen Modells führen.

Der Krieg zur See.

Christiania, 16. Mai. Die Untersuchung über die Versenkung zweier schwedischen Fischdampfer ergab, daß die Engländer völkerrechtswidrig im Kattegat ein Minenfeld ausgelegt hatten.

Die Ereignisse im Osten.

Sachsen-Litauen.

Dresden, 16. Mai. Die „Dresd. N. Nachr.“ erzählt, daß die Frage der Personalunion zwischen Sachsen und Litauen vor ihrer Entscheidung steht. Der König von Sachsen soll zugleich König von Litauen sein. (Nach dem „Berl. Lokalanz.“ könne die von Erzberger begünstigte Kandidatur des Herzogs von Urach als erledigt betrachtet werden.)

Wilson und die Litauer.

Washington, 16. Mai. Nach der „Times“ empfing Wilson eine Abordnung von Litauern, die in den Vereinigten Staaten leben. Wilson sagte, er werde die Wünsche der Litauer unterstützen und ihnen jede Erleichterung gewähren, um sie in ihrem Widerstand gegen die deutsche Herrschaft in ihrem Heimatland zu stärken.

Vom polnischen Heer.

Berlin, 16. Mai. WTB. meldet, entgegen anderslautenden Presseberichten sei festzustellen, daß die Ausbildung des polnischen Heeres „mit Rücksicht auf das geringe Ausbildungspersonal“ vorläufig nur eine freidenkliche sei, von irgend welcher Verwendung könne daher keine Rede sein. (Die Nichtigstellung der Presse-meldungen, die eine solche „Verwendung“ nicht als unmöglich hielten, gibt doch einigermaßen zu denken. D. S.)

D. finnische Landtag.

Stockholm, 15. Mai. „Svenska Dagbladet“ meldet aus Helsingfors: Die Gruppierung des Landtags ist nunmehr folgende: 51 Altfinnen, 26 Jungfinnen, 26 Agrarier, 21 Schweden, sowie gegen 20 Sozialisten, die an der Teilnahme an den Verhandlungen nicht verhindert sind.

Nachdem Finnland sich zu den gestellten Bedingungen bereit erklärt hatte, hat England Montgomery Browne zum vorläufigen Geschäftsträger in Helsingfors ernannt.

Kiew, 16. Mai. Die ukrainische Regierung erläßt Ausfuhrverbote für Metalle und Gummi, roh und verarbeitet, ferner ein allgemeines Ausfuhrverbot nach Rumänien und Besarabien, da Besarabien anmelkt und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen noch nicht festgesetzt seien. — „Kiewskaja Russk.“ erzählt, daß die russische Sowjetregierung in den Friedensverhandlungen mit der Ukraine zu jedem Zugeständnis bereit sei. Hauptbedingung sei die Lebensmittelversorgung Rußlands, wogegen letzteres Bewahren und Schuttmittel liefere. In Moskau und Petersburg herrscht großer Mangel an Lebensmitteln. — General Rogosja ist zum ukrainischen Kriegsminister ernannt worden.

Kopenhagen, 16. Mai. In Petersburg läuft das Gerücht um, Zar Nikolaus sei nach Moskau übergeführt worden und werde vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt werden. — Nach französischen Blättern soll der frühere russische Minister Sazonow in der Krim von den Deutschen verhaftet worden sein.

Moskau, 16. Mai. Der Rat der Volkskommissare beschloß die Abschaffung des Erbrechts. Nach dem Tode des Erblassers wird der bewegliche und unbewegliche Besitz Eigentum des Staates.

Der türkische Krieg.

Konstantinopel, 16. Mai. Amtlicher Bericht von gestern: Palästinafront: Stellenweise gesteigerte Artillerie- und Fliegeraktivität. Bei Medschillaba entzissen wir dem Gegner eine vorgeschobene Stellung. Auf dem Jordanufer wurden feindliche Patrouillen vertrieben. Quartiere von Rebellen auf Maan und die Hedschasbata-

wurden überall abgegriffen. — Mesopotamien: Am Euphrat besetzten wir Bagdad.

Nordkaukasien.

Konstantinopel, 16. Mai. Ag. Milli berichtet, die Bevollmächtigten der Nordkaukasischen Regierung haben der türkischen Regierung die Errichtung des neuen Staats und die Trennung von Rußland bekannt gegeben. Das Gebiet des Staats wird die ehemaligen russischen Verwaltungsbezirke Daghestan, Teret, Stawropol, Kuban und Schwarzes Meer umfassen. Die Grenzen gegen Süden sollen im Einvernehmen mit dem neuen transkaukasischen Staat noch vereinbart werden.

Nexes vom Tage.

Das ungarische Wahlrecht.

Budapest, 16. Mai. Zwischen der ungarischen Regierung (Dr. Weedele) und der nationalen Arbeitspartei des Grafen Tisza ist nach dem „N. N. Z.“ eine Verständigung über die Wahlrechtsvorlage erzielt worden.

Die französischen Kriegsziele.

Berlin, 16. Mai. Aus den vertraulichen Verhandlungen des französischen Parlamentsausschusses für das Kriegswesen ist nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekannt geworden, daß Präsident Poincaré in einem Brief an den Prinzen Erb von Bourbon-Parma die Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich als ungenügend bezeichnet hat. Frankreich verlange die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 (was nach den Kriegen Napoleons alles Land links des Rheins zu Frankreich gehörte. D. S.) und der Krieg werde so lange fortgesetzt, bis diese Forderung erfüllt sei. (Clemenceau hat diesen Brief verschwiegen und der Ausschuss hat von der Behandlung der Kaiserbriefe in öffentlicher Sitzung Abstand genommen — aus dem guten Grunde, weil der Brief Poincarés die ausschweifenden Eroberungsabsichten Frankreichs vor aller Augen gestellt hätte, was jetzt indessen doch geschehen ist. Der Friede hätte 1917 zu Stande kommen können, aber die französischen Machthaber haben es nicht gewollt. Auf sie fällt die Verantwortung der Kriegsverlängerung, unter der Frankreich am meisten zu leiden hat.)

Der Prozeß Bonnet Rouge.

Paris, 16. Mai. (Savas.) Im Prozeß des Bonnet Rouge wurde Duval zum Tode verurteilt. Marion erhielt 10 Jahre Zwangsarbeit, Landau 8 Jahre, Goldak 8 Jahre Zuchthaus verbunden mit militärischer Degradation, Jouela 5 Jahre Zwangsarbeit; Lymaris wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe und Berrasson zu 2 Jahren Gefängnis und 5000 Francs unter gleichzeitiger Bewilligung von Strafaufschub verurteilt.

Englands Friedensbereitschaft.

Kopenhagen, 16. Mai. In einer größeren Gesellschaft erklärte der Vorsitz der Schwedischen des früheren russ. Ministerpräsidenten Stolypin, er habe seinerzeit amtliche Kenntnis erhalten, daß England im März und im Oktober 1917 bereit gewesen sei, Frieden zu schließen, aber von Amerika sei der Einspruch mit allen Mitteln bekämpft worden, da es den Verlust der an die Entente ausgeliehenen Kapitalien befürchtete.

Amerikanisches.

Newyork, 16. Mai. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, allen amerikanischen Bürgern, die in Deutschland oder in anderen feindlichen Ländern geboren sind, das Bürgerrecht zu entziehen, wenn sie sich nicht an ihren Treueid halten. Dem Vorstand des Postamts in Newyork, Friedrich Burdenbarth, der seit 1888 naturalisiert war, hatte ein Newyorker Gericht das Bürgerrecht abgeprochen, weil er wiederholt den Wunsch ausgesprochen hatte, daß Deutschland den Krieg gewinne.

Japan und China.

Yeru, 16. Mai. Nach amerikanischer Meldung hat Japan vorgeschlagen, 200000 japanische Truppen nach China zu entsenden, um im Verein mit einem ebenso großen chinesisch. Heer, das unter japanischen Offizieren stehen soll, die Ordnung in China gegen die aufständischen Südprowinsen wiederherzustellen. Sollte der Vorschlag (von Amerika?) abgelehnt werden, so wolle Japan das Heer zur Wahrung seiner Interessen in die Provinzen Schantung und Fujien senden. Japan verlangt von China die Erfüllung seiner finanziellen und politischen Forderungen; dazu soll China die japanische Währung einführen.



Wieder-Schiffbau bei Armerikanischen Schiffsbauern in Moskau wird in Stellung gebracht.

Landtag.

Stuttgart, 15. Mai.

Heute eröffnet Ministerpräsident Freiherr Dr. v. Weizsäcker das Wort. Die Regierung ist nach wie vor entschlossen, mit aller Energie Württemberg seinen Platz in der Wasserstraße an der deutschen Kanalzone zu erringen. Wer hier nicht Gehör finden will, der kommt zu spät. Trotz des Krieges hat die Württ. Eisenbahnverwaltung die Frage einer Verstärkung des Instandhaltungsbereichs der deutschen Eisenbahnen aufgenommen und unablässig verfolgt. Wenn wir die erste Durchführungs des Art. 42 der Reichsverfassung erreichen, wird

Württemberg jedenfalls nicht zu kurz kommen. Wenn die weitere Entwicklung hat uns geschadet in finanzieller Hinsicht und in Rücksicht auf den Betrieb selbst. Ich hoffe, daß wir weiterhin auf das Dreiklassenystem im Eisenbahnverkehr zurückkommen können; je nach den Betriebsverhältnissen kann auch zu dem Zweiklassenystem in vielen Fällen übergegangen werden. Die Einschränkungen des Personalplans werden unmittelbar nach dem Krieg nicht auf einmal wieder ganz aufgehoben werden können. Das Defizit bei den Posten rührt nicht von einer Vernachlässigung des Verkehrs der Posten her.

In der Frage der Reform der Ersten Kammer steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß sie zunächst die Stellung der Parteien des Hauses abwarten muß. Mit der Frage der Neuorientierung ist eine Veränderung der Richtungslinien des Gesamtministeriums nicht eingetreten. Das aber darf ich doch sagen, daß ich mich in den 13 Jahren meiner Ministerfähigkeit von jeher neuorientiert gefühlt habe. (Heiterkeit.) Die beiden neu eingetretenen Minister haben sich durchaus der bisherigen Richtung der Staatsregierung angeschlossen. Das Ausschreiben des Justizministers v. Schmidt und des Kultusministers v. Habermas ist am Regierungssitz lebhaft bedauert worden. Daß dieses Bedauern auch hier im Haus zum Ausdruck kam, dafür spreche ich auch im Namen der beiden Minister meinen Dank aus. Warum hat sie ausgeschieden? Der Justizminister war 70 Jahre alt. Der Kultusminister hat seit längerer Zeit in Rücksicht auf seine angeschwundene Gesundheit sich mit dem Gedanken seines Rücktritts getragen. Wenn er den Entschluß so lange hinausgezogen hat, so kam dabei in Betracht, daß durch die Wahl dieses Zeitpunktes für die Allerschwerste Stelle die Möglichkeit bestand, den bisherigen Minister des Innern im Staatsministerium zu erhalten. In keiner Weise hat dabei ein Verzicht in Sachen der Friedenspropaganda eine Rolle gespielt. Es handelte sich vielmehr hier um einen Hinweis an die Behörden auf die landesverträglichsten, vom Auslande inszenierten Amtriebe zur Schwächung der deutschen Widerstandskraft. Man hätte dem zurückgetretenen Kultusminister nicht unterstellen sollen, als ob er zu der Veröffentlichung des Erlasses genötigt worden wäre. Dem Verleumdungsversuch des englischen Propagandaministers muß mit aller Schärfe und mit allem Nachdruck begegnet werden. Alles andere sind Phantasien, auch der vermeintliche Gegensatz zwischen Stuttgart und Berlin.

Die Veröffentlichung, die Rücktrittsgründe der Minister seitens der Regierung von diesem Tische aus des näheren darzulegen, kann ich nicht anerkennen, weil die Entlassung eines Ministers vom König nach eigener freier Entscheidung erfolgt und weil eine Zurückweisung des Ministers nicht von bestimmten gesellschaftlichen Grundgesetzen abhängt. Die Inamnatation des Abg. Kaufmann, daß die Regierung entweder keinen der Parlamentarier zu einem Ministerposten für geeignet halte oder daß bei dieser Frage grundsätzlich absehend genehmigt werden muß, ist abzulehnen. In der Frage der Schaffung eines Koalitionsministeriums habe ich noch immer auf dem Standpunkt, daß, wenn ein Mitglied in die Regierung berufen wird, dies durch das Vertrauen der Krone geschieht. Das sachliche Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volkswirtschaft hat sich zum Vorteil der Erledigung der Geschäfte dieses Hauses und zum Wohle des Volkes wie des Landes in fortwährendem Sinne voll bewährt; es liegen nicht die mindesten Gründe vor, diese gute Tradition nicht fortzusetzen.

Es ist richtig, daß der Kriegsminister während dieses Krieges bei den Staatsverhandlungen nicht am Regierungstisch erschienen ist. Der Kriegsminister hat sich bereit erklärt, an Stelle der öffentlichen Verhandlungen in vertraulichen Auseinandersetzungen sich rückhaltlos auszusprechen; ich glaube, daß auf diese Weise eine fruchtbringendere Aussprache ermöglicht wurde. Trotz seiner Geschäftsüberlastung, die die Zeit mit sich bringt, gibt der Minister in Unterredung von Lage sich zu Angelegenheiten der Kommissionsarbeiten den Herren über alles Auskunft, was sie wünschen. Nur über die Lage, wie sie sich vor Amtens und vor Poet abspielt, hat, hätte sich der Kriegsminister auch hier im Hause nicht aussprechen können.

Unsere Erfolge im Westen sind unbestreitbar. Was weiter geschehen wird, wissen wir nicht. Darüber trete ich mich insofern, als unsere beständigen Gegner ängstlich und vergeblich versuchen, das Geheimnis der weiteren Entwicklung unserer Obersten Heeresleitung zu entdecken; es ist anzunehmen, daß ihre Neugierde ihnen ganz heilsam ist. Wir sind nicht nervös, weil wir uns auf unsere Oberste Heeresleitung durchaus verlassen; das ist die augenblickliche Lage. Die Presse hat allerdings manchmal zu weitgehende Erwartungen hervorgerufen. Die Oberste Heeresleitung aber hat stets auf die wahre Lage hingewiesen und auf den Umstand, daß der moderne Krieg selbstverständlich eine längere Entwicklung braucht, um zu einem glücklichen Ende zu gelangen. Die Zensur ist in Deutschland verhältnismäßig liberal. Wenn wir die Verhältnisse in Deutschland vergleichen mit denen in den sogenannten Freiheitländern, so dürfen wir auf unsere Zensur stolz sein.

In der elssah-lothringischen Frage müssen wir uns Zurückhaltung auferlegen. Ich bin der Ansicht, daß das Wohl und Wehe des Reichs durchaus identisch ist mit der Frage über das Wohl und Wehe der Reichsländer. Die Elssah-lothringinger müssen sich zufrieden geben mit dem, was dem Reich in dieser Angelegenheit tut. Im übrigen ist die Sache noch eine offene Frage, die innerhalb der nicht verantwortlichen Kreise nicht behandelt werden sollte. Ich kann zu unser aller Freude feststellen, daß die Tapferkeit der reichsländischen Truppen von der Obersten Heeresleitung voll anerkannt worden ist. Der glückliche Ausgang des Kriegs wird, so hoffen wir alle, das beste Heilmittel für alle Schwierigkeiten sein, die der elssah-lothringischen Frage entgegenstehen, besonders wenn es einmal sicher ist, daß all die Hoffnungen einzelner auf eine Rückkehr zu Frankreich vollständig illusorisch waren und sind; dann werden die Dinge von selbst in einem ganz anderen Lichte erscheinen. Ich verspreche, die Wahrung württembergischer Interessen in dieser Frage mit allem Nachdruck zu vertreten.

Zur Zeit berührt uns aber näher der drohende Zensurierungsprozeß in Deutschland. Gemäß der Verfassung ein guter Teil der Stärke der deutschen Nation auf der Zensurierung. Eine Vertretung in Berlin in wirtschaftlicher Hinsicht findet bei uns bereitwilliges Gehör. Unsere Regierung wird es an Bestimmtheit in den hier auftretenden Fragen in Berlin nicht fehlen lassen. Die Frage über Krieg und Frieden beschäftigt uns am tiefsten. Die deutsche Offensive im Westen war, darüber ist jetzt überhaupt kein Zweifel mehr, nicht zu vermeiden. Ihr Anfang hat uns die glänzendsten Erfolge gebracht, die seit September 1915 erzielt worden sind. Die feindlichen Staatsmänner nötigen uns, ihre Heere wieder und wieder zu schlagen. Es besteht bei unseren Soldaten die beste Stimmung trotz der furchtbaren Kämpfe. Das wirkt stählend auf unsere eigenen Heere. Die maßlosen Ausbeutungspläne unserer Feinde sind uns völlig kund. Die Engländer und Franzosen verstehen sich, was ihre Kriegsziele anbelangt, auf das Schöne. Poincaré wollte sogar die sogenannte Sicherung des rechten Rheinufers. Verlassen wir uns auf unser Schwert. Die Schuld unserer Feinde läßt zur Zeit ein anderes Mittel zur Beendigung des Krieges im Westen nicht zu. Die Kriegsziele beruhen stets auf dem durch den Krieg Erreichten. Das Wort Verständigungsfriede hat in Deutschland unnötige Aufregung gebracht.

Wir müssen uns damit abfinden, daß der Osten noch nicht eine solche Verühigung für unsere Lage gewährt. Was für die Verbesserung unserer Soldaten und der Heimat notwendig ist, das ist die Hauptsache. Wir freuen uns über den Frieden im Osten und wir danken aufrichtig den Männern der Reichsleitung, die uns das ersehnte Wort Frieden dreimal verkündigen konnten. Wir begrüßen vor allem den erst abgeschlossenen Frieden v. Bukarest, weil er der erste Friede ist, der mit einem geordneten württembergischen Staatswesen abgeschlossen werden ist. Wir freuen uns, daß das Verhältnis zu Österreich-Ungarn mitten im Krieg aus dem großen gemeinsamen Erleben herausgewachsen ist. Die Gesamtanlage Deutschlands ist überaus gut und vertrauensvoll. Wir gedenken unserer Soldaten, der Namen Hindenburg und Ludendorff, die vor mehr als 3 1/2 Jahren dort oben im Osten ihre glorievolle Feldherrnbahn begonnen haben. Mit Zuversicht erwarten wir, daß sie diese auch in gleicher Weise im Westen verfolgen werden. (Beifall.)

Abg. Heymann (Soz.): Den Grundged. den Reich die indirekten, den Bundesstaaten die direkten Steuern, hat der Finanzminister in Berlin mit einer Kraft vertreten, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Die Vorgänge im preussischen Landtag in der Wahlrechtsvorlage führen uns zu einem ungeheuren Unitarismus. Dadurch wird das Schwergewicht der politischen Entwicklung in den Reichstag verlegt. Viele kritische Stimmen im Reich haben vor dem Umstand zu danken, daß zwischen der Stoll- und Militärverwaltung große Reibungsflächen bestanden. Die Reichseinkommensteuer wird nicht mehr aufzuhalten sein. Besitz und Einkommen müssen mit zwingender Gewalt zur Tragung der steigenden Kosten des Reichs herangezogen werden. Der Rechner trat für eine Arbeiterschuldbestimmung für Frauen und Kinder ein. Die Frau darf nicht zur Gebärmutter werden. Das Frauenwahlrecht wird in Deutschland und in Württemberg nicht aufgehoben werden können. Wir sind nicht dafür, daß die öffentliche Verwaltung so schnell wie möglich wieder beseitigt werden soll. Württemberg muß dem parlamentarischen Regierungssystem immer näher kommen. Wie stellt sich die Regierung zu der Zugehörigkeit der Staatsbeamten zur Sozialdemokratie? Er polemisierte schließlich gegen die Vaterlandspartei und bemerkte zu dem letzten Ministerwechsel, daß bei der Raschheit, mit der dieser und seinerzeit der Rücktritt Pfisters vollzogen wurde, in Württemberg wohl eine Stelle bestünde, die selbstherrlich veranlagt ist.

Darum erwählte Ministerpräsident Freiherr v. Weizsäcker, daß es ihm schade, als ob seine Person darunter gemeint sei. Ein solcher Versuch würde weder seinen persönlichen Anschauungen, noch seiner amtlichen Stellung irgendwie entsprechen.

Kulturminister Dr. v. Fleischer: Jeder Ministertritt aus Gesundheitsrücksichten hat seine Zwecke. Krankheit hat mich voriges Jahr eine Zeitlang verhindert, an den Beratungen teil zu nehmen. Es ist nicht meine Sache, in einem Amt zu bleiben, dessen Anforderungen ich nicht nachkommen kann. Ich habe von diesen Erwägungen schon im vorigen Herbst dem Ministerpräsidenten Kenntnis gegeben. Als ich im Dezember vorigen Jahres durch einen Unfall eine neue Erkrankung zuzugab, habe ich mich gesagt, daß es jetzt Zeit sei, meinen Entschluß auszuführen. Dem Wunsch des Königs, ich möchte als Kultusminister im Ministerium bleiben, habe ich nicht widersprechen wollen. Herr v. Bilschig ist schon lange vor seinem Rücktritt mit diesen Gedanken umgegangen; er hat schon lange vorher eine Veranlassung sich gemeldet. Ich war und bin kein Gegner der Verwaltungsreform oder der Staatsvereinfachung. Die Fortführung des Kriegs hat die Einführung der Verwaltungsreform verhindert. Der Geheimrat des Kultusministers richtet sich im wesentlichen gegen die Maßnahmen unserer Feinde, gegen Spanien, die darauf ausgeht, den Willen zum Durchhalten im deutschen Volke zu erschüttern. Von einer Friedensbewegung ist in dem Reich keine Rede. Sorgen wir dafür, daß das religiöse Leben im Volke nicht erlischt. Eine erfreuliche Erscheinung des Krieges ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der verschiedenen Konfessionen, an dem wir festhalten wollen. Wir wollen eingedenk sein, daß wir als Glieder eines Volkes auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Diese Einheit hat nur einen Wert, wenn jeder Teil den Glauben seines Nächsten achtet und die Eigenart des andern schonend berücksichtigt. Auch die Regierung wird diese Gesichtspunkte im Auge behalten. Ich möchte nicht entscheiden, ob der humanistischen oder realistischen Geistesbildung der Vorzug zu geben ist. Die Frage einer Änderung des Einjährig-Freiwilligen-Zustuts kann während des Krieges nicht entschieden werden. Das Schlagwort von der Einheitschule ist nicht ganz klar; diese Frage zu prüfen, bin ich bereit, muß mir aber die Zeit hierfür vorbehalten. Für das Land im ganzen trifft die Bezeichnung der Volksschule als Armutsschule nicht zu; die Geist hat sich in diesem Krieges voll bewährt. Wir dürfen die Meinung nicht aufkommen lassen, als ob die mittleren und unteren Berufe minderwertig seien. Wir beklagen aufs schmerzlichste die schwer zu erzielenden Verluste vieler wertvoller Lehrkräfte. Die Geistlichen haben in diesem Krieges mit hingebender Treue ihres Amtes gewaltet. Wir sind bemüht, so rasch als möglich die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Unterrichtsverwaltung zu erfüllen. Nach dem Krieg werden wir alle Kräfte einsetzen müssen, um das Verlorene wieder hereinzubringen.

In der heutigen Abend Sitzung sprach zunächst der nationalliberale Abg. Dr. v. Heber zum Staatshaushaltsplan, den er für die heutigen Verhältnisse als günstig bezeichnet. Wenn der Finanzminister mit den anderen Finanzministern nach Berlin gereist sei, so sei das ein Zeichen, daß in den nächsten Wochen wichtige finanzielle Entscheidungen in Berlin fallen werden. Die ungenügende Zusammenballung wirtschaftlicher Gesellschaften, die Umgestaltung von Zentralstellen in Berlin hätten dem Unitarismus eine mächtige Stütze gewährt. Das habe zu einem Auffaugen der Provinz nicht nur in materielle, sondern auch in geistiger Hinsicht geführt, die gar nicht früh genug rückgängig gemacht werden könne; an dieser Rückschlagung habe der preussische Staat das allergrößte Interesse. So sehr der Schwabe gemeindeutsch empfinde, umso empfindlicher sei er gegen jeden Versuch einer unnötigen Bevormundung oder gar Zurücksetzung von den Berliner Zentralstellen aus. Das Reich, das den Krieg führe, habe auch die Kosten für die Kriegsführung aufzubringen. Seine Partei halte Kriegsentschädigung für höchst wünschenswert, ebenso sei für eine Reichseisenbahnangelegenheit. Wir hätten allen Grund, unseren bisherigen Kanalplan, Rhein-Neckar-Donau, festzuhalten. Der Rechner bemängelte die bayerische Betreibung der Friedensverhandlungen in Breit-Kitow. Nicht der einzelne Bundesstaat könne die Entsendung eines eigenen Gesandten zu Friedensverhandlungen verlangen; es handle sich hier um Reichsinteressen, nicht um bundesstaatliche Interessen. Wir führen Krieg um einen deutschen Frieden. Es gebe namhafte Vertreter gegenüber einer Autonomie Elsaß-Lothringens als selbständigen Staat; es seien aber nicht nur schwerindustrielle Kreise, die eine Angliederung an Preußen als die beste Lösung dieser Frage betrachteten; er hoffe, daß wir eine Lösung finden, die die Interessen des Reichs und der elsass-lothringischen Bevölkerung harmonisch vereinigen. Der Mittelstand und der mittlere selbstbeständige Beamte schwinde rettungslos dahin auf immer wiedersehen. Auch das Handwerk gehöre zu den Kriegsbeschädigten. Wir erstreben eine selbständige Eingliederung der Industriearbeiter in das Staatsganze. Bei Reformen in Schulunterricht sollte sich Preußen vorher mit den einzelnen Bundesstaaten ins Benehmen setzen. In Württemberg habe sich eine Zusammenarbeit von Volk und Regierung als wirklich vorhanden gezeigt. Wir wünschen, daß dieses Verhältnis fortdauere. Er bedauere es, daß ein Teil seiner Bekannungsstellen in Preußen der Wahlrechtsvorlage noch Widerstand entgegensetze; wir in Württemberg seien der Meinung, daß das vom König von Preußen gewünschte Wahlrecht eine Staatsnotwendigkeit sei. An der Spitze der Vaterlandspartei in Württemberg stehen ruhige, patriotische, politisch urteilsfähige Männer, denen niemand Abhängigkeit von materiellen Interessen nachsagen könne. Das nationale Gefühl habe sich in diesem Krieges stärker gezeigt als das Gefühl der Zugehörigkeit zu irgend einem Glaubensbekenntnis.

Abg. Hösche (Soz.) lobte „seine Freunde in Kaufmann“, die Volkswirtschaft; von der deutschen Zensur werden die Reformbestrebungen der Volkswirtschaft unterdrückt, und nur Schauerwürden über Kaufmann zugelassen. Im Westen gehe das Morde weiter unter Billigung der Politik der Regierungssocialisten. Im heutigen Zeitalter könne der Krieg nur imperialistisch-kapitalistischer Natur sein. Mit dem Wort Verteilungskrieg werde nun schon 4 Jahre weiter gemordet. Im Osten sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Geistlichen beider Konfessionen beten Gott und den Teufel an (Ordnungsruß des Präsidenten). Die Zensur bilde ein trauriges Kapitel auch in Württemberg. Die Faktion des Herrn Kell genosse eine besondere Hochachtung des Zensors. Die Abhaltung ihrer Landeskonferenz sei vom Felde. Generalkommando verboten worden, während zu der Landeskonferenz der Sozialdemokratie sogar die Öffentlichkeit zugelassen sei. Die eine Weltregierung im Oriente bauen könne. Er sehe

den Staatsbankrott voraus. Württemberg sei ein Schreiberstaat wie kein anderer. Die Zukunft gehöre der revolutionären Arbeiterbewegung.

Stuttgart, 16. Mai.

Justizminister Mandry führte in der heutigen Sitzung aus: Die Verwaltung steht vor neuen großen Aufgaben. Die Reform der Justiz muß sich daher auf eine Reihe von Jahren erstrecken. Die Reform im Strafverfahren wie in bürgerlichen Rechtsverhältnissen ist immer dringender geworden. Dabei kommt dem Reichsjustizamt die führende Rolle zu. Sache des Justizministeriums wird es sein, das württembergische Landrecht mit dem in der Reichsgerichtsgebung zu erwartenden neuen Recht in Einklang zu bringen und der Zeit entsprechend aus- und umzubauen. Die Erneuerung des neuen Strafgesetzbuchs kann demnächst der öffentlichen Kritik übergeben werden. Dann soll die Umgestaltung der Vollstreckungsordnung und die Neuordnung der Strafprozessordnung an die Reihe kommen. Wenn die Umgestaltung des Verfahrens gegen Jugendliche kommen wird, muß ich nicht. Der Krieg wird uns zwingen, überall das richterliche Verfahren so zu gestalten, daß Geld, Zeit und Arbeitskräfte gespart werden. Die kommende Zeit wird an die Lebenserfahrung und Klugheit der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter große Anforderungen stellen. In verantwortungsvollen Stellen sollen Ältere und gereifte Beamte festgehalten werden. Die Einrichtung der Jugendgerichte hat sich gut bewährt. Ich habe den Eindruck, daß die bedingte Begnadigung sich empfiehlt. In Verurteilungsgemäßung hat das Justizministerium weitgehendes Verständnis bei den Militärbehörden gefunden. Es wird mir nie einfallen, die richterliche Unabhängigkeit anzuzweifeln. Meine Sorge geht auch den Rechtsanwältinnen und öffentlichen Notaren, ebenso wie richterlichen Radikalen. Sind doch 171 Mitglieder des Departements gefallen, darunter 19 Assesoren, 43 Referendare, 40 Notariatspraktikanten, außerdem 112 Rechtsanwälte.

Abg. Hausmann (B.) beantragte, daß der Standpunkt des Ministerpräsidenten in der konstitutionellen Frage ungenügend geklärt sei. Es sei ihm nicht gelungen, eine Annäherung an die Vollvertretung durch die Krone zu verlangen. Es handle sich hier um die Frage, ob überhaupt in Württemberg bei drei Ministerpräsidenten die Übertragung des Parlamentes richtig sei. Hier liege ein verletzender Punkt für die Mitglieder dieses Hauses vor. Das Reich sei in dieser Frage einen entscheidenden Schritt vorangeschritten. Es bestehe seit einem halben Jahr das neue Verhältnis, daß der Kanzler und sein Stellvertreter nur im Amte bleiben, wenn sie das Vertrauen der Krone und des Reichstags haben. Wir halten uns nicht an die Krone, sondern an den Ministerpräsidenten. Die Linke habe dafür getagt, daß Württemberg sich in einem festeren gefestigteren Zustand befinden, als andere Bundesstaaten.

In seiner Entgegnung nahm Ministerpräsident Freiherr v. Weizsäcker zunächst den Kriegsminister in Schutz. Wenn die einschlägigen Fragen, namentlich auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft hier erörtert würden, so würde das den eigenen Interessen nicht nützen. Wir wollen diese Frage nicht als so hochpolitisch ansehen. Ich habe die Ausführungen des Abg. Hausmann nicht ausweichend beantwortet; ich war der Ansicht, er möchte nur eine Aufklärung über die Entwicklung des Rücktritts der Minister. Ich habe den Eindruck, daß unsere Zeit sich zu Auseinandersetzungen über Parlamentarismus nicht eignet. Der bayerische und der badische Minister haben im Interesse des Bürgerfriedens von einer öffentlichen Erörterung dieser Frage abgesehen. Die badische Regierung hat den Parlamentarismus schließlich abgelehnt. Ich halte es nicht für richtig, wenn die Regierung sich hier über die obersten Beamten des Landes im einzelnen ausspricht. Es fällt mir nicht ein, mich hinter die Krone zu verschließen. Es ist die Erfindung des Abg. Hausmann, wenn er annimmt, daß ein Minister gegenüber diesem Haus in den Ministerien vorgefallen hat. Wir wissen nicht, wie sich die Dinge im Reich entwickeln. Der Abg. Hausmann hat grundsätzlich den Parlamentarismus für Württemberg gefordert. Es würde dadurch bei uns hinsichtlich der Wahl der Leiter der Staatsgeschäfte die Mehrheit der Zweiten Kammer ausschlaggebend werden. Ich frage, ist die Stimmung des Landes dafür? Die Verhältnisse des Reichs sind gegenwärtig in einer Bewegung, aber die ich aus Gründen der vaterländischen Pflicht schwelge. Man kann nicht behaupten, daß die württembergische Regierung mit der Vollvertretung nicht in engen Beziehungen stünde. Die Kammer hat in Württemberg einen weitgehenden Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung in der Gesetzgebung wie in der Kontrolle ausgeübt. Das Land verlangt von den Mitgliedern der Regierung ein hohes Verantwortungsgefühl. Wir haben in diesem ganzen Krieg in vollster Ueberzeugung zusammengearbeitet, bis der Abg. Hausmann jetzt diese Frage in einer etwas lebhaften Weise angesprochen hat. Ich bedauere, daß überhaupt in Deutschland politische Streitigkeiten in dieser Weise zutage treten, wie sie gegenwärtig in Deutschland überflüssig sind. Durch das Festhalten der Parteipolitik ist uns der Friede bewahrt geblieben. Die konfessionellen Organen weisen ebenfalls nicht auf ein parlamentarisches System hin. Ist die Entwicklung der letzten Jahre in Europa dazu besonders geeignet, dieses System so hoch zu schätzen, daß es selbst in Württemberg eingeführt werden muß? Das parlamentarische System hat in diesem Weltkrieg vollständig Flaska gemacht. Wir wären schon lange zu Friedensverhandlungen mit Frankreich und England gekommen, wenn nicht an der Spitze dieser Länder Viltatoren hätten. (Leh. Widerspruch auf der Linken. — Beifall im Zentrum.) Melnes Erachtens ist im Lande für das parlamentarische System keine Neigung vorhanden. Ich bitte Sie, diese grundsätzliche Auseinandersetzung für die Zeit nach dem Krieg zu verschieben.

Abg. Kienne (Z.) Das Zentrum muß eine starke Monarchie, aber ebenso eine kraftvolle Volksvertretung mit einer wirksameren und engeren Fühlungnahme zwischen Volksvertretung und Regierung. Dazu gehört auch die Bekämpfung von verantwortungslosen Stellen in der Regierung mit Beamten und vertrauensvollen Personen, die für einen solchen Posten geeignet sind. Wir sind der Ansicht, daß dies auch im engeren Vaterland wie im Reich geschehen kann. Des weiteren wendet sich Kienne gegen Hausmann.

Minister des Innern v. Köhler: Mit offenen Augen für die Bedürfnisse der Zeit, ohne Vorurteil, mit besonnenem kritischen Blick, zielbewußt handeln, das sei sein Programm. Das werde ihn dazu führen, festzuhalten und weiterzubauen die Einrichtungen, die sich im Krieg bewährt hätten, andererseits aber ohne Zögern Dinge preiszugeben, die den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gerecht werden. Die Fürsorge für alle durch den Krieg Bedrängten werde ihm am Herzen liegen. Nach dem Krieg werde ein hartes Arbeiten einzusetzen haben, um die Volkswirtschaft wieder auf die Bedürfnisse des Friedens einzustellen. Die gute alte Zeit werde nicht mehr kommen. Bei der Zentralisierung in der Reichsjustizverwaltung werde er dafür sorgen, daß Württemberg nicht zu kurz komme. Es sei beabsichtigt, die Stelle eines wirtschaftlichen Vertreters in Berlin weiter auszubauen; dabei sollen die freien Handwerksberufe beigezogen werden. Für die Übergangswirtschaft habe er im Ministerium des Innern eine Unterabteilung eingerichtet im Anschluß an die Zentralstelle für Gewerbe und Handel und unter Beteiligung der interessierten Kreise. Der Minister trat dann für eine richtige Wasserstraßenpolitik ein, besonders für eine baldige Kanalisierung des Neckars. Die Ueberwälte der Landwirtschaft seien nicht immer Kriegsgewinn. Die Einführung des Frauenwahlrechts lehne er ab, die Kreisregierungen sollten aufgehoben werden.

Abg. Fischer (B.) fand es bedauernd, daß der württembergische Landtag die Rede des Abg. Hösche habe anhören müssen. Das parlamentarische System habe in Frankreich und England in diesem Krieges nicht versagt. Nicht das Parteinteresse sei in Deutschland das Entscheidende. Schluß der Sitzung nach 1 Uhr. Da noch 5 Redner vorgemerkt sind, so setzte der Präsident die nächste Sitzung auf heute abend 6 Uhr an.

Ev. Jünglingsverein. Freitag, 17. Mai abends 8 Uhr Bibelstunde und Spiel. Sonntag, 19. Mai, nachm. 4 Uhr Spiel und Vereinsstunde.

Die silberne Verdienstmedaille erhielt u. a. Christian Eitel, Jah. des Eisernen Kreuzes 2. Kl. Sohn des Christian Eitel, Holzhauerobmann von hier.

Die Metallenteignung ist unausschiebbar. Amtlich wird mitgeteilt: Die Nachricht von der großer Kriegsbeute im Westen im Monat März hat in der Heimat die Auffassung erweckt, daß nun die Metallmobilisierung, insbesondere von Einrichtungsgegenständen, nicht mehr notwendig sei oder verlangsamt werden könne. Aber die Kriegsbeute im Westen besteht nicht in einem Lagen von Kupfer, Messing, Nickel, Aluminium, sondern in Gestalt von Geschützen, Maschinengewehren, Minen und Granatwerfern, Geschossen mit Fährungsringen, Teilen von Maschinen und anderem Kriegesgerät in unsern Hände geraten. Hier von werden die gut erhaltenen Geschütze usw. mit ihrer Munition sofort von unserem Heer gegen den Feind verwendet, ein anderer Teil erst nach Umbau. Nur aus den unbrauchbaren Geschützen usw. können die Metalle ausgebaut, gesammelt und zurücktransportiert werden, um in der heimatischen Kriegswirtschaft verwendet zu werden. Es muß auch berücksichtigt werden, daß die Metallmobilisierung in der Heimat nicht nur die unmittelbarsten Bedürfnisse der Armee und Marine, sondern auch die der Hilfsindustrie und die notwendigsten der übrigen Industrie befriedigen muß.

Abfah von Brennspiritus in Flaschen. Wie im Vorjahre muß wegen der knappen Brauntweinebestände die in Höhe von 25 Hundertteilen des früheren Verbrauches für den einzelnen Monat freigegebene Menge auch während der kommenden Sommerzeit auf zwei Monate verteilt werden. Die auf den Monat Mai d. J. entfallende Verbrauchsmenge hat demnach für die Monate Mai und Juni 1918 zusammen, die auf den Monat Juli d. J. entfallende Verbrauchsmenge für die Monate Juli und August 1918 zusammen auszureichen. In keinem Falle dürfen in Zukunft Marken für Spiritus zu Beleuchtungszwecken verteilt werden.

Getrocknete Eier. Die Reichsrodungs-gesellschaft hat nach dem Verfahren des Chemikers Krause Versuche mit der Trocknung von Eiern angestellt, die nach Berliner Berichten sich bewährt haben sollen. Die Eier werden aufgeschlagen und in einem Kessel durch heisse Luft zum Verdampfen in Teilschen von eintaufendstel Mikrometer gebracht, worauf sie sich in einem anderen Kessel feste Körperchen niederschlagen. Das so entstandene Mehl wird durch eine Maschine in Kaffee gefüllt. In einer Stunde können 14000 Eier getrocknet werden. Durch das gleiche Verfahren wird Vollmilch, Magermilch, Molke und Tierblut getrocknet.

Das rumänische Getreide. Die Preise für die nach dem Friedensvertrag zu liefernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind in dem Wirtschaftsabkommen mit Rumänien für den Doppelentner zunächst folgendermaßen festgesetzt: Weizen und Roggen 38 Lei, Ger. 29, Hafer 29, Reis 31, Vohun 47, Erbsen 42, Raps (Rüben, Scuffant) 65, Leinsaat 75, Sonnenblumenkerne 55. (1 Lei = 75 Pfg. Friedenskurs.)

Baden. Die Änderung des Gesetzes über die kirchlichen Stiftungen.

(-) Karlsruhe, 15. Mai. Der Zweiten Kammer ist der Gesetzentwurf betr. die Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen zugegangen. Der Gesetzentwurf sieht eine Erweiterung des Begriffs der kirchlichen Stiftung vor, einmal durch die Ausdehnung der Grenzen des kirchlichen Bedürfnisses und zum andern durch die Erstreckung auf das Gebiet der Wohltätigkeit, indem er gleichzeitig für Freiwirtschaftshandlungen auf diesem letzteren Gebiet der Literatur einen Einfluß auf die rechtliche Gestaltung, der Widmung einräumt. Damit kehrt die Gesetzgebung zu den Grundfragen zurück, die auf diesem Gebiet im übrigen Deutschland geltendes Recht sind und die in früherer Zeit zum Teil auch in Baden in Geltung waren. Nach den bisher geltenden Gesetzesbestimmungen war der Kreis der kirchlichen Stiftungen — abgesehen von den Erziehungsanstalten für kirchliche Theologen — im wesentlichen auf die zu den Zwecken des Gottesdienstes bestimmten Stiftungen (Kirchenfonds, Baufonds, Pfandfonds, Frühmeß-, Vikarial-, Anniversarfonds, Mesner- und Organistenfonds) beschränkt. Vor allem aber war den Kirchen die Möglichkeit benommen, ihre Wirksamkeit auf demjenigen Gebiet zu entfalten, auf dem sie Jahrhundertlang segensreich tätig gewesen, auf dem Gebiet der Wohltätigkeit. Das soll durch ein neues Gesetz geändert werden.

Landwirtschaftliche Tagungen.

(-) Karlsruhe, 16. Mai. Gestern vormittag trat hier die Vollversammlung der landw. Kreditverbandes und anschließend der 34. Verbandstag des Verbandes der landw. Kreditgenossenschaften in Baden zusammen. Letzterer war von nahezu 800 Teilnehmern besucht, die 306 Vereine vertraten. Nachdem der Vorsitzende, Oekonomierat Häder, der für das Vaterland gefallenen Landwirte und Landwirtschaftslehre und des verstorbenen Verbandesdirektors Niehm gedacht hatte, erstattete er den Geschäftsbericht, nach welchem die bad. Kreditgenossenschaften 466 Vereine mit 68 200 Mitglieder umfassen. Der Umsatz betrug rund 177 Millionen Mark gegen rund 124,5 Millionen im Jahre 1916. Der Reingewinn bezifferte sich auf 700 Mark.

(-) Karlsruhe, 16. Mai. (Tagung des bayerischen Molkereiverbands.) Gestern fand hier die 23. Vollversammlung des Molkereiverbands statt. Generalsekretär Schnepp erstattete den Jahresbericht, nach welchem die Mitgliederzahl des Verbands 137 mit rund 1000 Einzelmilitären beträgt. Die Verbandsrechnung des Jahres 1917 mit einer Einnahme von 10 000 Mark und einer Ausgabe von 81 700 Mark ab, odal, der Verband am 1. Jan. 1918 bei der Zentral-

kaufe der bad. landw. Ein- und Verkaufswissenschaften eine Schuld von 12740 M. laie. Der Milchabgab lief sich auf rund 148 Millionen M. Der Jahresbericht betont, daß auch für die Milchviehzucht nach Beendigung des Krieges so schnell kein Friedenszustand kommen werde. Die Veranlagung stimmte sodann einer Erhöhung der Jahresbeiträge zu. 15 Pfdt. Molkeerlen und eine Milchhandelsgenossenschaft wurden in den Verband aufgenommen. Es folgte ein Vortrag des Generalsekretärs Schmeiß über die städtische Milchversorgung während des Krieges und die Aussichten nach dem Kriege. Dabei wurde betont, daß man auf die städt. Milchzentralen nicht mehr verzichten können. Notwendig sei es, die Milchkontrolle nicht allein in der Stadt, sondern vor allem direkt auf dem Lande auszuüben. In der Aussprache wurde eine Beförderung der Milch mit Schnellzügen gewünscht.

(-) **Karlsruhe**, 16. Mai. Nach der „Karlsru. Ztg.“ beabsichtigt das Justizministerium bei genügender Beteiligung im Herbst 1918 eine Gerichtsschreiberprüfung abzuhalten. Meldungen sind bis Ende Juni beim Justizministerium einzureichen.

(-) **Karlsruhe**, 16. Mai. Die Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen und verschiedene andere Staatsbehörden haben verfügt, daß die ständigen Bezüge der Beamten künftig nur noch dann zu Beginn des Vierteljahres vorausbezahlt werden, wenn sie auf eine Bank, Sparkasse oder auf ein Postcheckkonto überwiesen werden können.

(-) **Karlsruhe**, 16. Mai. Zur 8. Kriegsanleihe wurden nach den jetzt erfolgten Feststellungen in Baden insgesamt 574 Mill. M. gezeichnet.

(-) **Karlsruhe**, 15. Mai. Das Gesamtvermögen der Bad. Landeswohnhilfsstiftung beträgt jetzt 660 870 Mark.

(-) **Karlsruhe**, 15. Mai. (Die Vorgänge auf der Station Appenweier. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde von den Abgg. Nehmann (Nat.) und Gen. eine kurze Anfrage über die Vorgänge auf dem Bahnhof Appenweier eingebracht, in welcher die bad. Regierung gefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß dort zu wiederholten Malen die Wirtschaft 1. und 2. Klasse für französische und englische Offiziere vorbehalten und deutschen Offizieren und Mannschaften der Zugang verweigert wurde und was sie zu tun gedenke, um einem solchen Zustande, der in weitesten Kreisen Verwirrung hervorrufe, Abhilfe zu schaffen.

(-) **Freiburg**, 16. Mai. Merkwürdige Zustände scheinen auf einem Hofgut im Kappelertal zu herrschen. Wie die Freig. Tagesp. meldet, verweigerte der betr. Hofbesitzer jede Abgabe von Milch, Butter, Eiern und Vieh, sobald schließlich unter der Bewachung von zwei Genarmen das erste Stück Schlachtvieh von dem Hofe abgeführt wurde. Vor einigen Tagen geriet eine hochträgliche Kuh in moßigen Grund, aus dem sie sich nicht mehr reiten konnte. Der Hofbesitzer ließ die Kuh im Morast stecken und als er schließlich nachsah, ließ er dem Tier, anstatt es samt Kalb aus dem Morast herauszubringen, drei Kugeln in den Kopf. Dann ließ er das Tier solange liegen, daß das Fleisch zuletzt ungenießbar wurde.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck macht langsam Fortschritte. Für Samstag und Sonntag ist ein weiterer Rückgang der Bewölkung und eine Erhöhung der Temperatur zu erwarten. (Z.B.)

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 16. Mai. (Der König zurückgelehrt.) Nach beendeter Kur in Wiesbaden ist der König heute wieder in die Residenz zurückgelehrt.

(-) **Stuttgart**, 16. Mai. (Die Denkmalschändung.) Nach dem Polizeibericht wurde das Reformationsdenkmal an der Hospitalkirche mit einer roten Flüssigkeit besudelt, wie sie hauptsächlich im Bäder- und Konditoreigewerbe und in Gummpapierfabriken gebraucht wird. 1 1/2-2 Liter dieser Lösung sind bei dem Bubenfädel verwendet worden. Der Täter hat bei seinem ruchlosen Werk, zu dem die Farbe gekauft oder gestohlen worden sein mag, vielleicht seine Kleider beschmutzt. Die Polizeidirektion ersucht um sofortige Mitteilung verdächtiger Wahnehimungen.

(-) **Stuttgart**, 16. Mai. (70. Geburtstag.) Die bekannte Jugendschriftstellerin Frau Toni Schumacher, eine Großnichte von Justus Kerner, begab am 17. Mai den 70. Geburtstag.

(-) **Stuttgart**, 16. Mai. (Entlassung.) Der frühere Gemeinderat Schwab, der im Dezember 1917 wegen verübten Landesverrats zu 2 Jahren Zuchthaus unter Aufsicherung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt worden war, ist nach Verbüßung von drei Vierteln seiner Strafe vorläufig entlassen worden.

(-) **Stuttgart**, 16. Mai. (Unfälle.) In der Eslinger Straße geriet gestern ein 13-jähriges Mädchen unter einen Straßenbahnwagen, wobei ihm der Kopf vom Kumpf getrennt wurde. — Bei den Daimlerwerken in Untertürkheim vergnügte sich einige Knaben auf dem Baggersee auf einem selbstgezimmierten Floß. Dabei fiel der 10-jährige Sohn des Zimmermachers Lehmann ins Wasser und ertrank.

(-) **Heilbronn**, 15. Mai. (Gefährliche Traueranzeige.) Ein gemeiner Streich wurde der Familie Eichenfeld hier gespielt, indem in der gestrigen Nummer der „Gen.-Anz.“ eine gefälschte Traueranzeige über den angeblichen Tod einer Nichte ausgeben wurde.

(-) **Steinheim**, O.N. Marbach, 15. Mai. (Schwere Kriegssoppe.) Die Familie des Oberlehrers Schenck ist von schwerem Kriegsschicksal betroffen worden, da dieser Tage auch der dritte und letzte Sohn einer schweren Verwundung erlag. (Postillon.)

(-) **Kirchheim u. T.**, 16. Mai. (Betriebsvereinigung.) Die Mech. Bundwebererei vorm. Kolb und Schüle AG. hier und die Mech. Flachspinnerei in Urach AG. sollen nach einem Vorschlag der beiden Herren Aufsichtsräte an die Aktionäre vereinigt werden. Das Aktienkapital des Kirchheimer Werks soll dabei um 600 000 Mark erhöht werden.

(-) **Geislingen a. St.**, 16. Mai. (Stiftung.) Die Württ. Metallwarenfabrik hat der Stadtverwaltung zu Zwecken der Kriegshilfe eine Stiftung von 100 000 Mark überwiesen und als weiteren Beitrag zur Errichtung eines Kleinkinderkühlgebäudes in Altenstadt 2000 Mark bewilligt.

(-) **Vödingen**, 15. Mai. (Tot aufgefunden.) Gestern früh wurde der als Lumpwäcker hier tätige 25 Jahre alte Kriegsinvalide Andreas Straub in der Pumpstation tot aufgefunden. Sein Tod ist infolge mangelhafter Ventilschließung des Sauggasmotors durch einströmende Gase eingetreten.

(-) **Weinsberg**, 16. Mai. (In den Ruhestand.) Der Direktor der hiesigen Geflügelzucht, Medizinalrat Dr. Kemmler, ist in den Ruhestand getreten.

(-) **Dürrenz-Mühlader**, 16. Mai. (Zufällig spekuliert.) Der von hier stammende, vielfach vorfach vorbestrafte Fuhrmann Wih. Braun verdiente täglich 6-7 Mark. Weil ihm das nicht genug war, wollte er wieder ins Gefängnis, damit er seinen Unterhalt umsonst habe. Er befohl mehrere Nebenarbeiter. Bezüglich der Unterkunft hatte er sich aber geirrt, denn die Karlsruher Strafkammer sandte ihn für 1 Jahr 8 Monate ins Zuchthaus.

(-) **Vom Bodensee**, 16. Mai. (Austauschverwundete.) Ein Transport Austauschverwundeter, bestehend aus 11 Offizieren und 383 Mann, trat in Konstanz ein. Auf dem Bahnhof fand feierlicher Empfang statt. Nachdem die kranken Helden mit Speise und Trank erqu岸t waren, traten die Marschfähigen den Weg zur Kaserne an, während die schwerer Verwundeten in Autos dorthin befördert wurden. Alle waren hocherfreut über den herrlichen Empfang und ebenso waren sie alle des Lobes voll über die freundliche Begrüßung bei ihrer Fahrt durch die Schweiz.

(-) **Vom Bodensee**, 16. Mai. (Einständiger Streik.) Bei der Firma J. Schieferer u. Co. in Radolfzell traten sämtliche Weberinnen in einen Vöhrstreik, der nach einer Stunde durch das Entgegenkommen der Firma beigelegt wurde, indem den Weberinnen am 10 Pfennig aufgebessert wurde.

Wildbad. Die mit Ungebuld erwarteten neuen Bestimmungen über die Zulassung der Kurfremden nach Wildbad sind nunmehr erfolgt. Der erste und wichtigste Punkt derselben besteht darin, daß jedem Kurgast ohne vorherige Einholung der Genehmigung beim K. Oberamt in Neuenbürg der Aufenthalt in Wildbad gestattet ist. Nach den bisherigen Verfügungen mußte bekanntlich der Kurgast, von zu Hause aus, vor seiner Reise nach Wildbad, diese Genehmigung schriftlich einholen.

Die Dauer dieses ohne weiteres Jedermann zustehenden Kuraufenthaltes in Wildbad ist auf 3 Wochen angesetzt. Dieser Zeitraum dürfte den meisten Lustfurgästen, allgemeinen Erholungsbedürftigen und Patogästen, die nicht mehr als 21 Bäder nehmen sollen, genügen. Für Patienten, die ernstlich krank sind oder einer größeren Zahl Bäder bedürfen, kann der Kuraufenthalt auf 4 Wochen verlängert werden, ausnahmsweise auch noch länger. Um jedoch eine Kurverlängerung über 3 Wochen hinaus zu erhalten, muß von dem Patienten ein schriftliches Gesuch an das K. Oberamt in Neuenbürg, mit begründetem ärztlichem Zeugnis, eingereicht werden, dasselbe muß von einem zivilamtlich angefertigten Arzte unterzeichnet sein. Es ist aber gleichgültig, wo derselbe sein Sitz in Deutschland hat. Der Patient kann es sich also zu Hause von einem dort ansässigen beamteten Arzte ausstellen lassen und mitbringen. Andernfalls in e nsten oder dringenden Fällen, kann der Oberamtsarzt in Neuenbürg oder der K. Badearzt in Wildbad ein solches Zeugnis ausstellen.

Diese Bestimmungen sind jedoch noch nicht als endgültig anzusehen. Eine Verlängerung der unbedingten Aufenthaltszeit von 3 Wochen wird auf die Dauer von 4 Wochen erbreit. Es besteht Aussicht auf Verwirklichung dieser den Kuraufenthalt erleichternden Abänderung der Bestimmungen.

Druck u. Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Dankjagung.

Bei dem Wohlthätigkeitskonzert zu Gunsten der Hinterbliebenen hiesiger gefallener Krieger am letzten Samstag im Gasth. z. Linde hier gingen 222 M. 20 Pfg. ein. Den Veranstaltern des Konzerts Frau Dr. Schwab, Herr Hauptmann Schott und Herrn Leutnant Schwan' er spreche ich für den hohen Kunstgenuß, den sie uns boten, und für die reiche Gabe für die Kriegerwaisen tiefgefühltesten Dank aus.

Wildbad, den 16. Mai 1918.

Stadtschultheiß Wagner.

Fleisch-Abgabe.

Für diese Woche haben die Metzger für jede Person 175 gr Fleisch abzugeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Marmelade-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke 5 erhält jede Person 400 gr Marmelade. Auf Marke 3 erhalten Schwer-Arbeiter 6 Pfd., Schwerst-Arbeiter 12 Pfd. extra.

Liste-Schluss Samstag abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt.

Zucker.

Die leeren Zuckersäcke und die Zuckermarken sind sofort abzugeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

**Frisch gewässerte
Stockfische**

empfehl

Adolf Blumenthal.

Druck-Arbeiten

liefert rasch und billig,

B. Hofmann'sche Buchdruckerei.

In Uebereinstimmung mit anderen württ. Banken bleibt unsere Kasse am

Samstag, den 18. Mai d. J. geschlossen.

Stahl u. Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Frisch eingetroffen:

Stärkekraft

beste Ersatz-Glanzstärke nur für Oberhemder usw. sowie für feine weiße Wäsche.

Paket 55 Pfg.

empfehl

Drogerie Hans Grundner, Nachf. Hermann Erdmann.

Wie suchen zum sofortigen Eintritt ein jüngeres

Fräulein

für unser Zigarren-Spezialgeschäft.

Ehr. Schmid u. Sohn.

Ein Mädchen

für Zimmer und Haushalt sofort gesucht.

König-Karlstr. 68.

Wildbad, den 16. Mai 1918.



Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und nach dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester, Enkelin und Nichte

Sophie Eitel,

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Köster, sowie den Trägern und Altersgenossen sagen im Namen der trauernden Hinterbliebenen ihren herzlichsten Dank

die trauernden Eltern u. Geschwister.

Eprollenhau, den 16. Mai 1918.



Dankjagung.

Für die wohlthuende Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

Gefreiter Fritz Haag,

für die zahlreiche Beteiligung bei der Trauerfeier von Nah und Fern sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Kemppis sagen innigsten Dank

die trauernde Mutter und Geschwister.